



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen der
Deutschen AIDS-Hilfe e. V.**

1. Finanzierung der HIV-/STI-Prävention

Im Bundeshaushalt sind zurzeit 11,9 Millionen für die HIV-/STI-/Hepatitis-Prävention in Deutschland eingestellt, davon 5 Millionen für die Arbeit der Deutschen AIDS-Hilfe.

Werden Sie diese Mittel in den kommenden Jahren in der bisherigen Höhe erhalten oder erhöhen?

Antwort

Wir werden mindestens an der bisherigen Höhe der Mittel für die HIV-/STI-/Hepatitis-Prävention in Deutschland im Bundeshaushalt festhalten.

2. Strategien gegen HIV-/STI

In ihrer Strategie BIS 2030 beschreibt die Bundesregierung, wie sie HIV, Hepatitis sowie weitere sexuell übertragbare Infektionen nachhaltig „eindämmen“ möchte. Diskriminierung und Tabuisierung von Sexualität will sie entgegenwirken.

Wie wollen Sie die BIS-2030-Strategie mit Leben füllen?

Antwort

Die Strategie mit ihren Leitgedanken „bedarfsorientiert“, „integriert“ und „sektorübergreifend“ bildet den Rahmen für die nachhaltige und erfolgreiche Eindämmung von HIV, Hepatitis B und C sowie anderer sexuell übertragbarer Infektionen. Dieser integrierte Ansatz ist wegweisend. Er stellt eine zukunftsorientierte Ausrichtung in der Eindämmung von HIV, Hepatitis B und C sowie anderer sexuell übertragbarer Infektionen dar, der sowohl Gemeinsamkeiten nutzt als auch spezifische Anforderungen einzelner Infektionskrankheiten berücksichtigt. Diese Strategie wird von CDU und CSU unterstützt.

3. Diskriminierung

Wird die Antidiskriminierungsarbeit, wie sie zum Beispiel im Rahmen der Welt-Aids-Tags-Kampagne #positivzusammenleben stattfindet, fortgesetzt?

Antwort

CDU und CSU wenden sich gegen jede Art von Diskriminierung und Stigmatisierung. Dazu gehört auch die Unterstützung der Kampagne „Positiv zusammen leben“ der Gemeinschaftskampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), des Bundesministeriums für Gesundheit, der Deutschen AIDS-Hilfe und der Deutschen AIDS-Stiftung.

Wie werden Sie sich darüber hinaus gegen Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen mit HIV und den besonders stark bedrohten Gruppen einsetzen (z. B. in der Arbeitswelt und im Gesundheitswesen)?

Antwort

Wie bereits ausgeführt, wenden sich CDU und CSU gegen jede Art von Diskriminierung und Stigmatisierung. Mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) haben CDU und CSU vier EU-Richtlinien umgesetzt; der Schutz vor Diskriminierung oder Benachteiligungen ist in Deutschland besonders hoch. Ob darüber hinaus Bedarf für ein weiteres Regelungsbedürfnis bezüglich des Diskriminierungsschutzes chronisch Erkrankter, wie Menschen mit HIV, bestehen könnte, werden wir genau beobachten, denn aus Einzelfallentscheidungen allein lässt sich noch kein gesellschaftliches Bedürfnis nach einer Erweiterung des AGG ableiten.

CDU und CSU wenden sich entschieden gegen Fragen und Tests in Bewerbungs- und Einstellungsverfahren, die Menschen diskriminieren und die gesetzlich verweigert werden dürfen.

Neue rechte Organisationen und Strömungen wie die AfD und die „Demo für alle“ attackieren in Deutschland immer heftiger die Emanzipation von LSBTI. **Was werden Sie dem entgegensetzen?**

Antwort

Der umfassende Schutz vor Diskriminierung, darunter auch aus Gründen einer chronischen Erkrankung, ist in Deutschland Wirklichkeit. Deutschland hat mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz 2006 die vier Richtlinien der EU zum Diskriminierungsschutz umgesetzt. Um einen wirksamen Diskriminierungsschutz in Deutschland sicherzustellen, wurde mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz die Antidiskriminierungsstelle des Bundes bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geschaffen, die sowohl als Ansprechpartner für alle von Diskriminierung betroffenen fungiert als auch mit eigenen Programmen zu einem Abbau von Diskriminierung beiträgt.

4. Prä-Expositionsprophylaxe (PrEP)

Die Prä-Expositionsprophylaxe (PrEP) verhindert HIV-Infektionen. Für manche Menschen ist das Medikament Truvada der einzige gangbare Weg, sich vor einer HIV-Infektion zu schützen – bleibt jedoch unerschwinglich.

Werden Sie sich für die Finanzierung durch die GKV einsetzen oder auf anderen Wegen Zugang schaffen?

Antwort

Truvada ist bewährt in der Therapie der HIV-1-Infektion. Auch ist Truvada zugelassen zur Post-Expositionsprophylaxe (PEP) nach Kontakt mit eventuell HIV-kontaminierten Körperflüssigkeiten. Neu ist, dass die Truvada auch zur Prä-Expositionsprophylaxe (PrEP) eingesetzt werden darf, um vor Infektionen mit dem Humanen Immundefizienz Virus zu schützen. Zur Therapie ist Truvada eine Leistung der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung. Die Entscheidung, ob das Arzneimittel zur PreP in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen wird, ist Aufgabe der Selbstverwaltung, in diesem Fall des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA).

5. Versorgung von Menschen ohne Papiere

Menschen ohne Aufenthaltsstatus begeben sich aus berechtigter Angst vor Abschiebung oft nicht in ärztliche Behandlung. Es ist bereits zu Todesfällen durch unbehandelte HIV-Infektionen gekommen.

Werden Sie eine Lösung zur anonymen Versorgung von Menschen ohne Aufenthaltspapiere schaffen (z. B. anonyme Gesundheitskarte)?

Antwort

Deutschland hat eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. CDU und CSU wollen, dass auch in Zukunft jeder in Deutschland, unabhängig von seinem Einkommen, Alter, Wohnort oder gesundheitlichen Zustand, Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung hat. Wir stehen für ein leistungsfähiges Gesundheitswesen, das Menschlichkeit, Qualität und Bezahlbarkeit zusammenführt und zu einer hohen Lebensqualität in Deutschland beiträgt.

Werden Sie dafür eintreten, dass Menschen mit HIV nicht in Länder abgeschoben werden, in denen ihre medizinische Versorgung nicht gewährleistet ist?

Antwort

Anerkannte Asylberechtigte oder Flüchtlinge erhalten unabhängig von einer bestehenden Erkrankung ein Bleiberecht in Deutschland. Bei denjenigen, die nicht politisch verfolgt werden, kann im Asylverfahren ein Abschiebungsverbot festgestellt werden, wenn im Zielstaat einer möglichen Abschiebung eine erhebliche konkrete Gefahr für Leib oder Leben droht. Diese Voraussetzungen können auch bei einer schweren, dort nicht oder nicht adäquat behandelbaren Erkrankung vorliegen, also auch bei einer Infektion mit HIV. Ob das der Fall ist, hängt von einer Prüfung im jeweiligen Einzelfall ab. CDU und CSU halten an diesem Verfahren fest.

6. Versorgung Inhaftierter

Die medizinische Versorgung von Menschen mit HIV oder Hepatitis in Haft ist oft unzureichend. Es gibt keine freie Arztwahl und Kostendruck.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass inhaftierte Menschen Mitglied der gesetzlichen Krankenkassen werden?

Antwort

Die Kompetenz zur Regelung des Strafvollzugs und damit auch der Gesundheitsvorsorge in Justizvollzugsanstalten steht nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes in der Hoheit der Bundesländer und ist daher der Bundespolitik entzogen.

7. Drogenpolitik

Werden Sie sich für eine Drogenpolitik einsetzen, die den Konsum nicht bestraft, sondern Konsumierenden mehr und bessere Hilfestellungen anbietet, um ihre gesundheitlichen Risiken zu reduzieren (z. B. mehr Diamorphinsubstitution, Drogenkonsumräume in allen Bundesländern, Spritzenvergabe in Haft)?

Antwort

Die Union hält konsequent am Ziel eines suchtfreien Lebens fest. Die Drogen- und Suchtpolitik hat daher für die Union hohe Priorität. Sie fußt auf den vier Säulen Prävention, Beratung/Behandlung, Schadensminderung und Angebotsreduzierung. CDU und CSU sind gegen Verharmlosung, Liberalisierung und Legalisierung illegaler Drogen, weil der erleichterte Zugang zu Drogen erst recht zum Konsum verleitet. Forderungen nach Drogenfreigabe sind daher keine verantwortliche Alternative zur Suchthilfe. Dies hätte fatale Auswirkungen vor allem auf Kinder und Jugendliche, denn der Gruppendruck für Drogenkonsum würde erhöht und somit die Schwächsten am stärksten gefährdet. Gleichzeitig haben CDU und CSU einen sehr wichtigen Schritt in der Versorgung Schwerstkranker gemacht: Wir haben die gesetzliche Grundlage für Cannabis als Medizin und für die Kostenübernahme durch die Krankenkassen geschaffen. Dies hilft den Betroffenen unmittelbar.

CDU und CSU stehen grundsätzlich für ein Leben ohne Drogen, dies wollen wir auch Häftlingen durch die Verbesserung entsprechender Therapieangebote ermöglichen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Funktion der Bundesdrogenbeauftragten nicht geeignet ist, wissenschaftliche Erkenntnisse in die Drogenpolitik der Bundesregierung einfließen zu lassen. **Wie wollen Sie dies in Zukunft sicherstellen?**

Antwort

CDU und CSU teilen diese Einschätzung nicht. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung leistet eine hervorragende Arbeit. Für sie und damit ebenso für die CDU und CSU stehen stets der Mensch und seine Gesundheit im Mittelpunkt der Drogen- und Suchtpolitik.

8. Bluter-Entschädigung

Bei der Entschädigung der durch Blutprodukte mit HIV infizierten Menschen fehlt ein Inflationsausgleich für die vergangenen Jahrzehnte und eine angemessene Beteiligung der am Blutskandal beteiligten Pharmafirmen.

Werden Sie darauf hinwirken?

Antwort

Mit dem Gesetz zur Fortschreibung der Vorschriften für Blut- und Gewebezubereitung und zur Änderung anderer Vorschriften wird das HIV-Hilfegesetz deutlich verbessert. Die Mittel für die finanziellen Leistungen der Stiftung „Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen“ waren nur noch bis Januar 2019 gesichert. Deshalb wird der Bund die Finanzierung zukünftig sicherstellen. Die voraussichtlichen Ausgaben für den Bund werden mit anfangs 4,2 Millionen Euro pro Jahr beziffert. Ab dem Jahr 2019 steigt der Betrag wegen der nunmehr vorgesehenen Anpassung an die Entwicklung der Renten der gesetzlichen Rentenversicherung in Abhängigkeit von der Rentenentwicklung auf etwa 9 bis 10 Millionen Euro jährlich. Die erstmalige Anpassung erfolgt am 1. Juli 2019. Die Leistungen der Stiftung „Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen“ werden zukünftig lebenslang gewährt werden. Die Unterstützung der Angehörigen bleibt wie bisher zeitlich begrenzt bestehen.

Werden Sie sich für eine Entschädigung auch der Menschen einsetzen, die mit HCV infiziert wurden?

Antwort

Die durch Blutprodukte mit Hepatitis-C-Virus (HCV) infizierten Bluter tragen ein schweres Schicksal und haben eine große gesundheitliche und psychische Belastung zu tragen; ihnen gilt unser Mitgefühl. Eine Verletzung von Sorgfaltspflichten oder Aufsichtspflichten staatlicher Stellen liegt dabei nicht vor. Bei dem Infektionsgeschehen handelte es sich zum damaligen Zeitpunkt um unvermeidbare Ereignisse, da sich bis weit in die 80er Jahre kein Verfahren finden ließ, das eine Infizierung von Blutprodukten mit HC-Viren vollständig ausschließen konnte. CDU und CSU werden sich auch weiterhin für die berechtigten Anliegen der HCV-infizierten Hämophilen einsetzen.

9. Sexarbeit

Das ProstSchG schützt Prostituierte nicht, sondern erschwert u.a. die HIV/STI-Prävention, weil es auf Repression setzt statt auf Unterstützung.

Werden Sie kontraproduktive Regelungen wie die Registrierung und Zwangsberatung zurücknehmen?

Antwort

Ziel des Prostituiertenschutzgesetzes ist es, Prostituierte besser vor Zwangsprostitution und Menschenhandel sowie vor ausbeuterischen und menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen zu schützen. Daher sind mit dem Prostituiertenschutzgesetz erstmals in Deutschland rechtliche Rahmenbedingungen für die legale Prostitution und für den Schutz von Frauen geschaffen worden, welche die Grundrechte von Prostituierten auf sexuelle Selbstbestimmung, persönliche Freiheit, körperliche Unversehrtheit und auf Gleichbehandlung schützen sollen.

Mit der Einführung einer Pflicht zur regelmäßigen Anmeldung und gesundheitlichen Beratung soll langfristig sichergestellt werden, dass Prostituierte verlässliche Informationen zu ihren Rechten und zu gesundheitlichen und sozialen Unterstützungsangeboten erhalten.

Die Verbesserung des Zugangs zu Informationen über Rechte und Unterstützungsangebote ist das zentrale Element für die Stärkung des Selbstbestimmungsrechts von Prostituierten.

Wegen ihrer besonderen Schutzbedürftigkeit gelten für Prostituierte zwischen 18 und 21 Jahren besondere Schutzvorschriften, wie etwa die verkürzten Anmelde- und Beratungsintervalle.

10. Internationales

In vielen Ländern verhindern gravierende Menschenrechtsverletzungen auch wirksame HIV-Prävention, so etwa mit Blick auf LSBTI in Russland oder Drogen konsumierende Menschen auf den Philippinen.

Wie werden Sie sich gegenüber solchen Ländern für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen?

Antwort

Die Aufgabe, die Menschenrechte auch in den Beziehungen zu anderen Staaten zur Sprache zu bringen, messen CDU und CSU großes Gewicht bei. Dies wird auch im gemeinsamen Wahlprogramm zum Ausdruck gebracht. Dort heißt es im Abschnitt „Deutschlands Rolle in der Welt“ unter anderem:

„Geleitet werden wir von unserer Bindung an Werte der Menschenwürde, den Schutz und der Förderung der Menschenrechte, von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Toleranz.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel spricht bei Treffen mit anderen Staats- und Regierungschefs die Einhaltung von Menschenrechten an. Am 2. Mai 2017 hat sie bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem russischen Präsidenten Putin die Lage der Minderheiten in Russland an. Sie hat besonders die negativen Berichte über den Umgang mit Homosexuellen in Tschetschenien angesprochen und Präsident Putin gebeten, seinen Einfluss geltend zu machen, um diese Minderheitenrechte zu gewährleisten. Auch für die Menschenrechte in den Philippinen setzen sich die Menschenrechtspolitiker der Union ein, so wie z. B. Martin Patzelt, als er im Oktober 2016 das Land besuchte.

Laut UN-Richtwert sollen Länder 0,7 % des Bruttonationaleinkommens für die globale Entwicklungsfinanzierung zur Verfügung stellen. Die Mittel werden benötigt, um nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 und einen universellen Zugang zu HIV-Prävention, Behandlung und Betreuung zu realisieren. **Werden Sie dafür eintreten, dass diese Quote nachhaltig erfüllt wird und die Gesundheitsfinanzierung ein wesentlicher Bestandteil ist?**

Antwort

Um den entwicklungspolitischen Herausforderungen von heute gewachsen zu sein, werden wir die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit parallel zur Erhöhung des Verteidigungshaushaltes im Maßstab 1:1 erhöhen, bis die ODA-Quote von 0,7 Prozent des BIP nachhaltig erreicht ist. Wir wollen unsere Kräfte und Einsatzfähigkeiten zur Abwehr internationaler Gesundheitsgefahren wie zur Abwehr von Pandemien verstärken. Hierfür brauchen wir koordinierte Hilfe beim Aufbau von besseren Gesundheitssystemen in ärmeren Ländern.

Das UN-Panel on Affordable Medicines fordert die Entkoppelung der Forschungskosten von den Produktpreisen und die Erhöhung staatlicher Investitionen in die Entwicklung neuer Gesundheitstechnologien. Darüber hinaus regt es weitreichende Maßnahmen an, um eine möglichst wirkungsvolle Forschung zur Erreichung moderater Preise zu ermöglichen. **Wie beurteilt ihre Partei diese Forderungen?**

Mit welchen konkreten Maßnahmen wird ihre Partei diese Forderungen umsetzen?

Antwort

Deutschland verfügt über eine hervorragende medizinische Forschung. In den nächsten Jahren werden wir die Forschung gegen die großen Volkskrankheiten weiter stärken: Dazu wollen wir jeweils zusätzlich eine Milliarde Euro in den Kampf gegen Krebs, Demenz und für wirksame Antibiotika gegen multiresistente Keime investieren. Im Rahmen der G-20-

Präsidentschaft war es zudem das Ziel der Bundesregierung, den Ausbruch gefährlicher Infektionskrankheiten zu verhindern.

Welchen Stellenwert hat für Sie HIV/AIDS in der globalen Gesundheitspolitik und in diesem Zusammenhang die Förderungen von staatenübergreifenden, multilateral tätigen Organisationen, wie WHO, UNAIDS und des GFATM?

Antwort

Die globale Gesundheit war ein Schwerpunkt der deutschen G20-Präsidentschaft. Damit unterstreicht Deutschland unter Führung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel einmal mehr, dass die globale Gesundheitspolitik zu einem Markenzeichen der internationalen Verantwortung unseres Landes geworden ist.

Die Ergebnisse des G20-Gipfels unter deutscher Präsidentschaft sind ein Meilenstein zur Stärkung der globalen Gesundheit. Mit dem Bekenntnis zu einer engen Zusammenarbeit im Kampf gegen grenzüberschreitende Gesundheitskrisen und gefährliche Krankheitserreger setzen die G20 ein starkes Zeichen der gemeinsamen Verantwortung für die Gesundheit weltweit: Dazu gehört eine starke und ausreichend finanzierte Weltgesundheitsorganisation, die Unterstützung beim Aufbau belastbarer Gesundheitswesen vor Ort, eine bessere Kontrolle des Antibiotika-Einsatzes bei Mensch, Tier und in der Umwelt und verstärkte Anstrengungen in der Forschung und Entwicklung neuer Impfstoffe und Arzneimittel.

Deutschland hat seinen Beitrag zum Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) 2016 nur leicht erhöht – trotz eines Haushaltsüberschusses von 18,5 Milliarden im ersten Halbjahr. **Welche Zahlungen wären aus Ihrer Sicht in der nächsten Finanzierungsrunde ab 2019 angemessen?**

Antwort

Wir werden mindestens an der bisherigen Höhe der Mittel festhalten.

Die Förderung für UNAIDS wurde im Juni 2017 für 2 Jahre auf 5 Millionen Euro/Jahr aufgestockt. **Welche Zahlungen wären aus Ihrer Sicht dauerhaft ab 2019 angemessen?**

Antwort

Wir werden mindestens an der bisherigen Höhe der Mittel festhalten.